

TOP 24a:

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993, der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften

COM(2018) 185 final; Ratsdok. 7876/18

Drucksache: 153/18 und zu 153/18

Ziel des vorliegenden Richtlinienvorschlags ist es, für eine bessere Durchsetzung der Verbraucherrechte zu sorgen und die EU-Verbraucherschutzvorschriften, insbesondere im Hinblick auf die digitale Entwicklung, zu modernisieren.

Er ist Bestandteil des Vorschlags der Kommission zur Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Neugestaltung umfasst auch einen Legislativvorschlag zur Ersetzung der Richtlinie über Unterlassungsklagen (BR-Drucksache 155/18), in dem Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucherinnen und Verbraucher vorgeschlagen werden, und eine Mitteilung zur Neugestaltung der Rahmenbedingungen für Verbraucherinnen und Verbraucher (BR-Drucksache 152/18).

Mit dem Richtlinienvorschlag sollen vier bestehende EU-Richtlinien zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher aktualisiert werden:

- Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern,
- Richtlinie 2011/83/EU über die Rechte der Verbraucher,

- Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen und
- Richtlinie 98/6/EG über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe von Preisen der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Die vorgesehenen Änderungen betreffen insbesondere die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern und die Richtlinie über die Rechte der Verbraucher. Die Richtlinien über missbräuchliche Klauseln und über Preisangaben sollen lediglich bezüglich der darin festgelegten Sanktionen geändert werden.

Inhaltliche Schwerpunkte des Richtlinienvorschlags sind:

- wirksamere Sanktionen bei weit verbreiteten grenzüberschreitenden Verstößen,
- Recht auf individuelle Rechtsbehelfe für Verbraucherinnen und Verbraucher,
- Klarstellung des Rechts der Mitgliedstaaten, Vorschriften über bestimmte Formen und Aspekte von Verkäufen außerhalb von Geschäftsräumen zu erlassen,
- Klarstellung der Vorschriften über die irreführende Vermarktung im Zusammenhang mit identischen Produkten von zweierlei Qualität,
- mehr Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher auf Online-Marktplätzen,
- Ausweitung des Verbraucherschutzes im Bereich digitaler Dienstleistungen und
- Entlastungen für Unternehmen durch Verschärfung des Rücktrittsrechts der Verbraucherinnen und Verbraucher bei Online-Käufen.

Die **Empfehlungen der Ausschüsse** sind aus der **Drucksache 153/1/18** ersichtlich